

21.12.2012 - 05:00 Uhr

WAZ: NRW verschiebt gemeinsamen Unterricht

Essen (ots) -

Nach der Protestwelle von Eltern, Lehrern und Kommunen gerät der Zeitplan in NRW für den Rechtsanspruch auf den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nicht behinderten Schülern in Verzug. Nach Angaben des NRW-Schulministeriums soll das Gesetz für die schrittweise Inklusion erst zum Schuljahr 2014/15 umgesetzt werden. Dies berichten die Zeitungen der WAZ-Mediengruppe (Freitagsausgabe) Ursprünglich sollte der Rechtsanspruch bereits 2013/2014 gelten. Bei den Betroffenen herrsche "Chaos, Verwirrung und Unsicherheit", kritisierte CDU-Schulexperte Klaus Kaiser. Schulministerin Sylvia Löhrmann (Grüne) musste Pläne, den Gesetzentwurf noch im Dezember 2012 im Landtag einzubringen, auf das Frühjahr 2013 verschieben. Angesichts massiver Widerstände sollen zunächst kritische Stellungnahmen der Verbände ausgewertet werden. Integrationsminister Guntram Schneider (SPD) betonte gestern bei der Einsetzung des neuen NRW-Inklusionsbeirats, es gelte "Sorgfalt vor Schnelligkeit". Lehrerverbände hatten kritisiert, dass die allgemeinen Schulen nicht darauf vorbereitet seien, viel mehr geistig und körperlich behinderte Kinder zu unterrichten. VBE-Landeschef Udo Beckmann sieht einen Bedarf für Tausende zusätzliche Sonderpädagogen. "So werden wir den Kindern nicht gerecht", klagte Beckmann. Die kommunalen Spitzenverbände drohten mit Klagen, falls sich das Land nicht stärker an den Kosten der Infrastruktur für die Inklusion beteiligt. Proteste gibt es auch von Eltern, die das Aus für zahlreiche der bisher 778 Förderschulen in NRW fürchten. Der Elternverband "Gemeinsam Lernen, Gemeinsam Leben" kritisierte hingegen, dass der gemeinsame Unterricht zunächst nur in "Vorreiterschulen" der Klassen 1 und 5 starten soll. Schulministerin Löhrmann hatte eingeräumt, dass sich die Inklusion "nicht auf Knopfdruck verwirklichen" lasse. Eltern behinderter Kinder sollen künftig die Wahlfreiheit zwischen einer allgemeinen Schule und einer Förderschule haben. Bildungsexperten halten allerdings auf Dauer zwei parallele Schulsysteme für kaum finanzierbar. Lehrerverbände fordern, dass die heutige Qualität der sonderpädagogischen Förderung gesichert bleiben müsse.

Pressekontakt:

Westdeutsche Allgemeine Zeitung
Zentralredaktion
Telefon: 0201 - 804 6519
zentralredaktion@waz.deOriginal-Content von: Westdeutsche Allgemeine Zeitung, übermittelt durch news aktuell
Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.de/pm/55903/2386986> abgerufen werden.